

Der Diskussionsabend am 29.08.24 um 19 Uhr in Dahlenburg war von etwa 30 Gästen besucht worden. Neben interessierten Bewohnenden waren auch Vertretende der umliegenden Samtgemeinden anwesend. Hier unsere Zusammenfassung:

Begrüßung und Einleitung:

Die Abgeordnete Dr. Julia Verlinden referierte kurz über die finanziellen Vorteile der erneuerbaren Energien in Niedersachsen, die durch zugesicherte Einspeisevergütungen und das Beteiligungsgesetz für die Kommunen und Bewohnenden möglich wären. Danach verwies sie auf Wolf Winkelmann vom Bauernverband.

Er erklärte das 3-Phasenmodell seiner Windenergieprojekte, bei dem jede Person schon in der Planungsphase mit einer Beteiligung einsteigen könne. Der zu erwartende Gewinn sei in dieser Phase um ein Vielfaches höher als in der Betriebsphase. Allerdings würden geringe Einlagen wie beispielsweise 500,- Euro nicht sinnvoll, weil die damit verbundenen Kosten die Gewinne einkassieren würden.

Uta Kraake sagte noch kurz etwas zum Umweltschutz und bedauerte, dass dafür zwar schon Gelder vorhanden wären, aber Mitarbeiter für die Umsetzung nicht zur Verfügung stünden. Näher ging sie darauf nicht ein.

Es folgte nun die Möglichkeit für Fragen aus dem Publikum:

Insgesamt hatte man das Gefühl, dass viele Zuhörende eher enttäuscht wurden. So wurde von einigen Teilnehmenden klargestellt, dass bisher für die Gemeinden kaum Gewerbesteuern anfallen würden. Und wenn, dann oft nur in den letzten 2 der insgesamt 20 Betriebsjahre, wenn die Finanzierung ausgelaufen sei. Herr Winkelmann gab dazu an, dass seine Projekte dagegen von Beginn an Gewerbesteuern zahlen würden.

Die neue Akzeptanzangabe dagegen dürfe nur zweckgebunden für Naturschutz, Kultur, Bildung, soziale Zwecke oder Stärkung der Daseinsvorsorge verwendet werden. Die Nachfrage, ob auch Straßenbau darunter fallen würde, wurde verneint. Das gefiel nicht allen Anwesenden. Es wurde geäußert, dass die Kommunen klamm seien und diese Einschränkungen die Akzeptanz bei Einwohnern und Gemeinden dafür gering seien und man darüber noch mal nachdenken solle.

Ein Scharnebecker Bewohner hatte einen Zukunftswunsch. Er sieht in 25 Jahren seine Aussicht durch Windräder verbaut, die den Strom in andere Bundesländer liefern und befürchtet dennoch hohe Leitungspreise. Seine Sorge konnte ihm nicht genommen werden.

Ein weiterer Bewohner hatte den Wunsch, so wie in Nachbarländern bereits möglich, seinen Nachbarn mit überschüssigem Solarstrom zu versorgen. In Zeiten digitaler Zähler sei dies ja theoretisch möglich. Frau Verlinden antwortete, dass man auf dem Weg dahin sei.

Eine weitere ZuhörerIn gab zu bedenken, dass nicht alles, was die Politik sich von uns wünscht, gleichzeitig möglich sei. Man könne nicht Solaranlage auf dem Dach, eine Wärmepumpe und ein E-Auto gleichzeitig finanzieren. Dazu käme dann noch die Straßenausbausatzung, wo man richtig Geld ausgeben müsse. Da ginge bei vielen nur ein Entweder-oder. „OK, aufgeschrieben“ antwortete Frau Verlinden knapp.

Durch ein Mitglied unserer Bürgerinitiative wurde nachgefragt, welche Natur mit den Geldern von Frau Kraake denn geschützt werden soll, wenn die Hälfte aller Windräder in unseren Wäldern geplant werden und von dem größten Waldgebiet in unserer Region fast nichts mehr übrig bleibt. Darüber hinaus fragten wir, ob man, was die CO²-Einsparung angeht, nicht sogar ein minus macht, wenn wir hier anfangen unsere Wälder abzuholzen und den Windstrom aber gar nicht verteilt kriegen. Die

Avacon sagt, dass sie den Strom in den nächsten 10 Jahren nicht abtransportiert kriegen. Klimaneutralität wird also nur bilanziell -auf dem Papier- erreicht. Das hilft leider nichts gegen den realen Klimawandel!

Wir fragten auch nach dem tieferen Plan dahinter, weil es bei vielen Menschen, die früher hinter der grünen Partei standen, zurzeit nur Kopfschütteln verursacht. So verstehen wir nicht, dass durch einen Betreiber erst 3 Windräder abgebaut werden müssen, damit er 4 neue bauen kann. Der Grund dafür sei das Auslaufen der Einspeisevergütung, wodurch sich der Weiterbetrieb nicht mehr lohne. Er müsse neue Windräder aufstellen, damit diese auch wieder für 20 Jahre gefördert werden.

Frau Verlinden sammelte zunächst noch einige Fragen ein. Ein Teilnehmer gab darauf zu unseren Fragen zu bedenken, dass er mal in Brandenburg und Hessen gewesen sei und sich die Windräder dort „richtig gut“ im Wald eingefügt hätten. Und schließlich hätten wir einen Klimanotstand. Und wenn dann mal ein paar Bäume abgesägt werden müssen, hätte das überhaupt keine negative Auswirkung. Das war mal eine richtig fundierte Aussage.

Herr Winkelmann erklärte darauf noch, wie viele Flächen für ein Windrad gerodet werden müssten und schwenke dabei unnützerweise und endlos lange auf das Thema „Rotmilan“ ein, das von uns überhaupt nicht angesprochen worden war. Frau Verlinden hat dann zu unseren eigentlichen Fragen keine Stellung mehr bezogen oder sonst dazu geantwortet.

Einer der Teilnehmer führte dafür nun aus, dass es die Gerichte gewesen seien, die gesagt hätten dass es keine Gründe geben würde, die Wälder von Windkraft freizuhalten. Das sei also keine politische Sache gewesen. Frau Verlinden nickte an dieser Stelle zustimmend.

Aber hier haben wir dann widersprochen. Es war das Bundesverfassungsgericht, das in Thüringen nach der Klage eines Waldbesitzers geurteilt hat, dass es keine Gesetze wie in Thüringen geben dürfe, die den Bau in Wäldern grundsätzlich verbieten dürfen. Bei dem Urteil hatte ein Waldbesitzer geklagt, der in seinem von Borkenkäfer stark befallenen und Sturm stark geschädigten Wald keine Windräder aufstellen durfte. Leider ist die Politik auf diesen Zug aufgesprungen, hat das Urteil einfach verallgemeinert und hat alle Schutzregeln, auch für hochvitale und gesunde Wälder abgeschafft. Somit doch eine politische Entscheidung.

Abschließend haben wir noch einmal darauf hingewiesen, dass der reale Netto-Null Klimaausstoß, der für 2050 angestrebt ist, nach wissenschaftlichen Erkenntnissen nur durch klimaresiliente Wälder zu erreichen ist. Das wiederum ist aber nicht möglich, wenn wir den Wald aufschneiden, zapflastern und er dadurch windanfälliger und damit trockenheitsanfälliger wird. Zudem haben wir noch darauf hingewiesen, dass es geschafft wurde, durch politische Entscheidungen in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und sogar Thüringen ein Waldverbot auszusprechen.

Weiter gaben wir an, dass in unserem Bereich durch politische Entscheidungen im Kreistag festgelegt worden ist, dass gegenüber von Biogasanlagen und gegenüber von einem Betonwerk Flächen herausgenommen worden sind und Flächen im Wald weiter enthalten sind. Außerdem wurde durch politische Entscheidungen festgelegt, dass der Abstand zu Siedlungen um 100 Meter vergrößert wurde, obwohl diese Abstände nicht das Entscheidende sind. 800 Meter oder 900 Meter machen nach eigener Erfahrung keinen Unterschied. Zusätzlich gibt es Schallgrenzwerte, die eingehalten werden müssen, egal wie weit die Anlagen weg stehen. Wenn man auf diese Weise die Abstände hochdrückt, landet man nur noch in den Naturräumen und den siedlungsarmen Räumen wie hier. Zusätzlich wurde der Gemeinde Neetze in der Raumordnung das Erholungsziel rausgestrichen, weil man ganz genau weiß, dass man sich in den diesen Gebiet nicht mehr in der Ruhe erholen kann. Am Breetzer Wald in Süttoorf wurde das Landschaftsschutzgebiet herausgenommen. So nimmt man die Menschen nicht mit.

Leider nur wieder nur ein „OK“ von Frau Verlinden.

Nun beantwortete Herr Winkelmann noch eine Frage nach Mitgliedschaften in Bürgerenergiegenossenschaften und woher das Geld für die Finanzierung der Projekte kommen könnte. Crowdfunding sei hier ein künftiger Schwerpunkt.

Frau Verlinden ging dann kurz auf das Thema Dunkelflaute ein und kündigte an, dass dazu künftig die Biogasanlagen eine große Rolle spielen sollen. Diese sollen dann weniger nebenher laufen, sondern aktiviert werden, wenn sie benötigt würden.

Frau Kraake führte dann aus, dass es seitens des Samtgemeinderates an der Zeit sei, sich mit Grundstückseigentümern und Projektieren an einen Tisch zu setzen wo man „Felle“ untereinander aufteilt und um mitzuteilen, dass es wichtig sei, das Ganze für die Kommune zu gestalten.

Frau Verlinden kam dann zum Schlusswort und wollte eins betonen:

„Die Klimakrise ist eine der größten Gefahren für den Wald. Die Temperaturen steigen und die Wälder sind dadurch nicht mehr widerstandsfähig. Wenn wir die Klimakrise nicht in den Griff kriegen, sterben unsere Wälder weg. Die Monokulturplantagen und –forste, die es teilweise in Niedersachsen gibt, die sind nicht widerstandsfähig gegen die Klimakrise und deswegen ist ein Naturwald natürlich das was geschützt wird und den wir auch auf gar keinen Fall brauchen, um Windenergie zu nutzen.“

Danke für dieses Statement. Genauso gut hätte sie sagen können: „Wir werden alles dafür tun, um Dinosaurier zu schützen“.

Denn: Der von Frau Verlinden bewusst gewählte Begriff „Naturwald“ meint einen Wald, der sich selbst überlassen ist. Der Anteil von „Naturwald“ betrug in Deutschland im Jahr 2019 lediglich 2,8%. Bundesweit sollen als Zielvorgabe 5% erreicht werden.

Frau Verlinden suggeriert in ihrem Schlusswort absichtlich, dass es entweder nur „Naturwald“ oder Monokulturplantagen gibt. Sie reiht sich somit in die Riege vieler anderer grünen Politiker ein, die absichtlich ausblenden, dass es auch hochvitale und gesunde Mischwälder gibt.

So eben auch der Breetzer Wald, der nach jahrzehntelanger Aufforstung im Rahmen des „Löwe-Programms“ in der Lage ist dem Klimawandel zu trotzen. Er ist ein Musterbeispiel dafür, das Klima positiv beeinflussen zu können!

Darum halten wir solche Aussagen von Politikern für eine Täuschung der Bürgerinnen und Bürger.

Wir alle haben es verdient, darüber aufgeklärt zu werden, warum auch gesunde Mischwälder zerstört werden sollen. Bisher hat sich dazu noch keiner der Verantwortlichen geäußert.

Wir möchten an dieser Stelle auf die Worte des Bundeswaldministers Cem Özdemir verweisen. Er schreibt auf seiner Homepage mit großen Buchstaben folgende Worte:



The image shows a screenshot of the BMEL.de website. At the top left is the BMEL.de logo. To the right are navigation links: Themen, Schwerpunkte, Ministerium, Service, and Aktuelles. Below the navigation is a portrait of Cem Özdemir, the Federal Minister of Agriculture, Food and Forestry. To the right of the portrait is a quote in large, bold, black text: "Wer den Wald stark macht, macht starken Klimaschutz. Denn jeder stabile Hektar Wald schützt das Klima, bietet Tieren sowie Pflanzen einen Lebensraum und gibt den kommenden Generationen eine Perspektive." Below the quote, it says "Bundeswaldminister Cem Özdemir".

Sind das alles nur leere Worte?

Wir werden ihn fragen ... und hier berichten.

Eure Bürgerinitiative Breetzer Berge

Bleckede, 31.08.2024